

Niederschrift

04. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Dienstag, den 13.09.2016, 20:05 Uhr
Ort, Raum:	Adolf-Reichwein-Halle, Bei den Junkergärten 2, Saal
Sitzungsbeginn:	20:05 Uhr
Sitzungsende:	22:40 Uhr

Anwesenheit

Anwesende:

Mitglieder

Herr Jörg Egerter- CDU
Frau Regina Karehnke- CDU
Herr Henrik Schnabel- CDU
Herr Marco See- CDU
Herr Alexander von Griesheim- CDU

Herr Dr. Volker Hoffmann- FDP
Herr Hans-Otto Jacobi- FDP
Herr Jens Christopher Jacobi- FDP

Frau Beate Karschny- FWG
Herr Christian Lamping- FWG
Herr Gerhard Metzger- FWG
Herr Rainer Schaub- FWG
Herr Walter Soff- FWG

Herr Klaus Jacobi- SALZ

Herr Karl-Heinz Dachs- SPD
Herr Fabian Hasebrock- SPD
Frau Claudia Hetjes- SPD
Herr Thomas Kraft- SPD
Herr Jürgen Kröger- SPD
Herr Wolfgang Lingenau- SPD
Herr Dr. Hans-Peter Rathjens- SPD

Herr Walter Horz- STIMME
Herr Andreas Kunkel- STIMME

Herr Dieter Kurth- STIMME
Herr Steffen Schulz- STIMME

Magistrat

Herr Stadtrat Stephan Schmidhals- CDU
Herr Stadtrat Johann Baptist Schneiderbauer- CDU

Frau Stadträtin Andrea Nöchel-Jacobi- FDP

Herr Stadtrat Matthias Kopp- FWG

Herr Bürgermeister Thomas Alber- parteilos

Herr Stadtrat Herbert See- SPD

Herr Erster Stadtrat Heinz Sill- SPD

Herr Stadtrat Norbert Schön- STIMME

Verwaltung

Herr Andreas Kraus-

Nicht Anwesende:

Mitglieder

Frau Betina Quägber-Zehe- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	entschuldigt
---	--------------

Herr Peter Scholz- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	entschuldigt
--	--------------

Frau Annegret Hafner- CDU	entschuldigt
---------------------------	--------------

Herr Harry Paduch- CDU	entschuldigt
------------------------	--------------

Herr Thomas Wendt- CDU	entschuldigt
------------------------	--------------

Herr Klaus-Dieter Jeuthe- FDP	entschuldigt
-------------------------------	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls vom 12.07.2016
- 3 Mitteilungen
- 4 Kleine Anfragen
- 5 Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen im Ortsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe I sowie eines Ortsgerichtsschöffen und stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers im Ortsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe II (Rodheim)
- 6 Neuwahl der Schiedsperson für den Schiedsbezirk Rosbach v.d.Höhe
- 7 Kommunalinvestitionsprogramm (KIP)
Festlegung der zu fördernden Maßnahmen
- 8 Überplanmäßige Ausgaben nach § 100 HGO zur Deckung von zusätzlichen Kosten für die Entsorgung im Bereich der Altablagerung Sang
- 9 Satzung und Wahlordnung des Seniorenbeirats
- 10 Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 24.05.2016
- Antrag für ein offenes WLAN in Rosbach
- 11 Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 18.05.2016
- Verkehrssituation Rosbach
- 12 Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2016
- Errichtung Waldkindergarten
- 13 Antrag der FWG-Fraktion vom 20.10.2015
- Resolution zum Erhalt des Freibads Rodheim
- 14 Antrag der FWG-Fraktion vom 07.02.2016
- Resolution zum Volksbegehren "Gebührenfreie KiTa-Plätze in ganz Hessen"
- 15 Antrag der CDU-Fraktion vom 01.07.2016
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Vereinsarbeit
- 16 Antrag der STIMME RosbachRodheim-Fraktion vom 02.07.2016
- Energiespar-Contracting
- 17 Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 02.07.2016
- Änderung der Kindertagesstättensatzung
Kostenbeiträge für die Kinderbetreuung U3 und Ü3
- 18 Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 03.07.2016
- Einführung einer Seniorenbeiratssatzung

- 19 Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 02.07.2016
- Einsatz von Glyphosat durch die Stadt Rosbach
- 20 Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 03.07.2016
- Rechtlichen Absicherung des Seniorenbeirats Rosbach
- 21 Antrag der FDP-Fraktion vom 01.07.2016
- Satzungsentwurf für den Seniorenbeirat und die Interessenvertretung Behinderter
- 22 Entschließungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2016
- Aufforderung an die Landesregierung zur Übernahme der kompletten Kinderbetreuungskosten im letzten Kita-Jahr
- 23 Antrag der FDP-Fraktion vom 29.08.2016
- Auftragsvergabe für das Erstellen des Stadtentwicklungsplans durch den Magistrat
- 24 Antrag der FDP-Fraktion vom 30.08.2016
- Kautionsleistung bei dem Vermieten städtischer Wohnungen
- 25 Antrag der FDP-Fraktion vom 30.08.2016
- Kostenkalkulation bei Nutzung des bisherigen Rodheimer Feuerwehrgerätehauses durch örtliche Vereine
- 26 Antrag der FDP-Fraktion vom 30.08.2016
- Ordnungsgemäße Kommunikation des Bürgermeisters mit den Mandatsträgern
- 27 Antrag der FWG-Fraktion vom 03.09.2016
- Solaranlage zur Wassererwärmung für das Rodheimer Freibad
- 28 Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 05.09.2016
- Einführung einer Behindertenbeiratssatzung
- 29 Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 05.09.2016
- Anberaumung einer Stadtverordnetensitzung für den 11. Oktober 2016
- 30 Anfrage der FWG-Fraktion vom 03.09.2016
- Sachstandsanfrage zur Straßenbeitragssatzung, hier: Straßenbauprogramm

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Frau Karehnke stellt fest, dass mit Ladung vom 06. September 2016 form- und fristgerecht eingeladen und die Tagesordnung zugestellt wurde. Weiterhin stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Herr Dr. Volker Hoffmann (FDP, zugleich Ortsvorsteher Nieder-Rosbach) eine persönliche Erklärung ab. Weiterhin folgt eine persönliche Erklärung von Herrn Klaus Jacobi (SALZ).

Von Seiten des Ältestenrates wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 5, 6, 7 und 10 ohne Aussprache zu behandeln.

Weiterhin schlägt der Ältestenrat vor, die Tagesordnungspunkte 23 (Erstellung eines Stadtentwicklungsplanes) und 29 (Anberaumung einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung) vorzuziehen und nach dem Tagesordnungspunkte 8 zu behandeln.

Dies wird von den Stadtverordneten angenommen. Somit steht die Tagesordnung fest.

2. Genehmigung des Protokolls vom 12.07.2016

Bezüglich des letzten Protokolls liegen keine Einwände gegen die Richtigkeit von den Stadtverordneten vor.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über das Protokoll abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

3. Mitteilungen

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Karehnke teilt mit, dass am 08. Oktober 2016 die Veranstaltung „Sauberhaftes Rosbach“ stattfindet. Weiterhin teilt die Stadtverordnetenvorsteherin mit, dass die offizielle Übergabe des Feuerwehrhauses Rodheim im Rahmen des Tages der offenen Tür am 22. Oktober 2016 stattfindet.

Herr Bürgermeister Alber informiert über folgende Punkte:

Flüchtlingsangelegenheiten

Fahrtkostenerstattung an die Flüchtlingsbetreuer

Die ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuer, die im Auftrag der Stadt Rosbach tätig sind, erhalten ab 01.07.2016 für Fahrten zur Personenbeförderung mit ihrem privaten Kraftfahrzeug eine Fahrtkostenerstattung in Höhe von 0,30 € / pro Kilometer.

Kreditaufnahmen

Annahme und Abruf von zwei Krediten von der KfW-Bankengruppe zur Finanzierung von Flüchtlingsunterkünften

Die von der Stadt Rosbach am 26.11.2015 bei der KfW-Bankengruppe beantragten Direktkredite aus der Sonderfazilität Flüchtlingsunterbringung wurden wie folgt angenommen und abgerufen:

Ankauf der Liegenschaft Hintergasse 5, Ober-Rosbach
Antrag: 165.000,00 €
Kreditabruf: 155.000,00 €

Errichtung von zwei Wohngebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen
Nieder-Rosbach, Im Kleinfeldchen
Rodheim, Stürzelheimer Straße
Antrag: 1.905.000,00 €
Kreditabruf: 1.100.000,00 €

Laufzeit jeweils bis 15.11.2035, Zinsbindung fest bis 15.02.2026 mit 0,00% p.a.
Tilgung jeweils ab 15.02.2017 in 75 gleichhohen vierteljährlichen Raten.

Ankauf von Grundstücken zu Ausgleichszwecken

Der Magistrat hat den Ankauf der beiden Grundstücke Gem. Ober-Rosbach, Flur 7, Nr. 69 und Nr. 70/1, „Am Beinhardt“, gemeinsam 3.244 m², beschlossen. Der Kaufpreis beträgt 6.488,00 € (2,00 €/m²).

Verkauf Feuerwehrfahrzeug LF 16 an die Partnerstadt Ciechanowiec

Der Magistrat der Stadt Rosbach v.d.Höhe hat in seiner Sitzung am 13.07.2016 beschlossen, dass von der Feuerwehr Rosbach ausgemusterte Löschfahrzeug LF 16 zum Verkehrswert von Euro 3.500,00 an die Partnerstadt Ciechanowiec/Polen zu verkaufen.

Breitbandausbau im Stadtgebiet von Rosbach

Mittelbereitstellung / Übertragung zur grundhaften Erneuerung einzelner Gehwegabschnitte

Der Magistrat hat beschlossen, im Rahmen der Erschließung des Baugebietes „Oberwiese“ eingesparte Haushaltsmittel in Höhe von 95.000,- € zur grundhaften Neuherstellung der Gehwegbereiche in der Holzhäuser Straße, der Nieder-Wöllstädter Straße, der Fuhrstraße sowie der Rodheimer Straße zur Verfügung zu stellen.

Die Umsetzung der Gehwegerneuerungen erfolgt im Zuge des Eigenausbaus der Breitbandverkabelung im gesamten Stadtgebiet durch die Telekom AG.

Erschließung Baugebiet "Die Sang"

Abschluss eines Wegenutzungsvertrages mit den Stadtwerken Gießen AG

Die Stadt Rosbach v.d.H. hat mit den Stadtwerken Gießen AG, Lahnstraße 31, 35398 Gießen einen Wegenutzungsvertrag zwecks Lieferung von Fernwärme nach Errichtung eines Blockheizkraftwerkes auf dem Grundstück im Baugebiet „Die Sang“, Flur 4, Flurstück Nr. 294, geschlossen.

Überplanmäßige Ausgaben nach § 100 HGO für Gewässerschutzmaßnahmen am Rosbach

- Mittelbereitstellung

Für unabweisable Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Gewässer- und Uferschutzes am Rosbach werden nach § 100 HGO überplanmäßige Mittel in Höhe von 13.900 € zur Verfügung gestellt (13.552.10/616500).

Die Aufwendungen waren unvorhersehbar und sind unabweisbar. Die Deckung ist durch Mehreinnahmen bei den Einkommensteueranteilen der Stadt sichergestellt.

Bauleitplanung

OR/25 "Gewerbegebiet Südumgehung Ost 2. Bauabschnitt"

- Vergabe des Planungsauftrages

Der Magistrat hat das Planungsbüro Holger Fischer, Konrad-Adenauer-Str. 16, 35440 Linden mit der Aufstellung des Bebauungsplanes OR/25 „Gewerbegebiet Südumgehung Ost 2. Bauabschnitt“ beauftragt. Das Auftragsvolumen beträgt 49.512,59 € (netto), d. h. 58.919,98 € (brutto).

Antrag auf Mitgliedschaft der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH) als kommunale Gebietskörperschaft

Der Magistrat der Stadt Rosbach beschließt in seiner Sitzung am 10.08.2016 der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH) formal und offiziell als Mitglied beizutreten. Die Mitgliedschaft ist kostenlos.

Einsetzen einer Arbeitsgruppe "Sportstätten"

Der Magistrat setzt eine Arbeitsgruppe „Sportstätten“ ein.

Die Arbeitsgruppe erhält folgenden Auftrag:

1. Neuanalyse des Bedarfs und Vorschläge zur Verlegung der Sportanlage Nieder-Rosbach (Hartmanns Garten, Fußball- und Tennisanlage) an andere Stelle.
2. Sanierung oder Neubau der Sporthalle Eisenkrain, Ober-Rosbach an dieser oder anderer Stelle.

In beiden Fällen soll eine entsprechende Beschlussempfehlung an den Magistrat bis spätestens 30.09.2017 erfolgen.

Die Arbeitsgruppe setzt sich wie folgt zusammen:

- Dem Bürgermeister als Vorsitzenden
- Zwei weiteren Vertretern des Magistrates
- Je einem Vertreter der Sportvereine SV 98 Nieder-Rosbach, FC 1945 Ober-Rosbach, Förderverein „Jugendfußballschule“ FC Ober-Rosbach, Turngemeinde 1862 Ober-Rosbach, Sportgemeinschaft Rodheim, Karateverein Rosbach, Leichtathletikgemeinschaft Rosbach-Rodheim.

Die Arbeitsgruppe wird unterstützt von Mitarbeiter/innen der Verwaltung sowie Fachbüros, z. B. dem noch zu beauftragenden Büro zur Stadtentwicklung. Bei Bedarf können weitere Sachkundige hinzugezogen werden. Ziel ist es, dass die Ergebnisse der Arbeit der Arbeitsgruppe in die Stadtentwicklung einfließen.

Markterkundung Verkauf Gebäude Homburger Straße 2 (Altes Rathaus Ober-Rosbach)

Zur Vorbereitung weiterer Beschlüsse hinsichtlich der künftigen Verwendung des Alten Rathauses Ober-Rosbach, Homburger Str. 2, beauftragt der Magistrat die Fa. SGI Immobilien, Lyoner Straße 20, 60528 Frankfurt mit einer Markterkundung.
Die Markterkundung wird von der Immobiliengesellschaft kostenfrei durchgeführt.

Neubau von vier Doppelhaushälften und vier Garagen

Grundstück: Straßheimer Weg 45
Gemarkung: Ober-Rosbach, Flur 14, Flurstück: 258/1

Die Stadt stimmt dem Antrag auf Neubau von vier Doppelhaushälften und vier Garagen zu und erteilt die erforderlichen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes OR/1 „Straßheimer Weg“.

- Befreiung von der Einhaltung der Baulinie für Wohn- und Nichtwohngebäude.
- Befreiung zur Errichtung von baulichen Anlagen in der nicht überbaubaren Grundstücksfläche mit 9,35 m².

Umbau und Aufstockung einer Werkhalle zu Wohnungen

Die Stadt stimmt dem Antrag auf Umbau und Aufstockung einer Werkhalle zu Wohnungen auf dem Grundstück Rodheimer Straße 97 zu und erteilt die erforderlichen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes NR/8 „Obergärten“, 1. Änderung.

Satzung und Wahlordnung des Seniorenbeirats

Der Magistrat hat mit dem Seniorenbeirat den Entwurf einer Seniorenbeiratssatzung und der Wahlordnung zur Seniorenbeiratssatzung abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur entsprechenden Beschlussfassung empfohlen.

Sachstand Breitbandausbau im Stadtgebiet

Kabelverlegung:

Im Stadtgebiet sind die Tiefbauarbeiten zur Kabelverlegung weitestgehend abgeschlossen.

Erneuerung der Verteilerschränke:

In allen drei Stadtteilen laufen aktuell die Arbeiten zur Erneuerung der Verteilerschränke.

In gesamtem Stadtgebiet beginnt die Telekom derzeit mit dem Einbau der neuen Vectoring-Technik in die Verteiler. Nach dem kürzlich erfolgten Beschluss der Bundesnetzagentur kann diese nun eingebaut und genutzt werden.

Informationen / Buchbarkeit:

Für die Bürgerinnen und Bürger sind Informationsveranstaltungen kurz vor der Inbetriebnahme des Breitbandnetzes geplant.

Da in Rodheim bereits im Mai 2016 mit dem Breitbandausbau begonnen wurde sind hier die Arbeiten weit fortgeschritten.

Für Rodheim ist daher eine Informationsveranstaltung durch die Telekom am 17.11.2016, um 19 Uhr im Bürgerhaus Rodheim terminiert.

Die Informationsveranstaltung für Nieder- und Ober-Rosbach wird am 16.03.2017 um 19 Uhr in der Adolf-Reichwein-Halle stattfinden.

Interessenten für einen neuen Anschluss können sich schon jetzt über die kostenlose Hotline 0800 330 3000 oder auf www.telekom.de/schneller über Verfügbarkeit, Geschwindigkeiten und Tarife informieren sowie sich vorab registrieren lassen.

Wer bereits einen DSL-Anschluss von der Telekom nutzt, kann ebenfalls jederzeit ins neue Netz wechseln. Hier genügt ein Anruf beim Kundencenter: 0800 330 1000.

Das neue Netz wird so leistungsstark sein, dass Telefonieren, Surfen im Internet und Fernsehen gleich-zeitig möglich sind.

Parallel zu den o. g. Ausbaumaßnahmen wird gerade in Zusammenarbeit mit der Telekom geprüft inwieweit die Außenlieger aufgrund der Leitungslängen noch von der neuen Technik partizipieren. Alternativ stehen hier auch andere technische Lösungen zur Verfügung deren Anwendungen derzeit ebenfalls geprüft werden.

Sachstand Öffentliches und freies WLAN-Netz im Stadtgebiet Rosbach v. d. Höhe

Der Magistrat hat beschlossen, die Einrichtung eines offenen und frei zugänglichen WLAN-Netzes im Stadtgebiet Rosbach v. d. Höhe voranzutreiben.

Dazu sollen Kontakte zu interessierten Partnern gebildet werden, die einen konkreten Umsetzungsvorschlag für die Planung, Errichtung, Betreuung und Finanzierung des WLAN-Netzes erarbeitet.

Mit diesem Beschluss ist die Verwaltung beauftragt, die Realisierung eines mobilen Internets für das Stadtgebiet voranzutreiben.

Der öffentlichen Zugang zum Internet unter Nutzung drahtloser lokaler Netzwerke (Wireless Local Area Network – WLAN), das heißt die Verfügbarkeit „offener“ Hotspots, ist zu einer wichtigen Voraussetzung für die Kommunikation geworden.

Ein offenes und frei zugängliches WLAN-Netz würde die Attraktivität Rosbachs weiter steigern und somit ein enormes Marketingpotential bieten.

Mögliche städtische Gebäude für öffentliches W-Lan

Ober-Rosbach

1. Rathaus, Homburger Straße 64
2. Versammlungsstätte „Altes Rathaus“, Homburger Straße 2
3. Kinderhaus Bergstraße, Bergstraße 8
4. Adolf-Reichwein-Halle, Bei den Junkergärten 2
5. Bauhof, Dieselstraße 11

Nieder-Rosbach

6. Wasserburg, Haingraben 17
7. Kindertagesstätte Obergärten, Ahornplatz 4
8. Kindertagesstätte Taunusblick, Taunusblick 26
9. Bücherei, Am Bahnhof 6

Rodheim

10. Bürgerhaus, Grabengasse 12
11. Sportzentrum Rodheim, Sportallee 1-5
12. Rathaus, Hauptstraße 12
13. Schwimmbad, Am Schwimmbad 1
14. Kindertagesstätte Alte Schule, Junkergasse 5
15. Bahnhof Rodheim, Hauptstraße 80

Folgende Einrichtungen wurden bereits einer Planung unterzogen:

- Rathaus Homburger Straße 64
- Versammlungsstätte Altes Rathaus, Homburger Straße 2
- Adolf-Reichwein-Halle, Bei den Junkergärten 2
- Bauhof Dieselstraße 11
- Bücherei am Bahnhof
- Wasserburg, Haingraben 17
- Bürgerhaus Rodheim, Grabengasse 12
- Rathaus, Hauptstraße 12
- Schwimmbad, Am Schwimmbad 1
- Bahnhof Rodheim, Hauptstraße 80
- Sportzentrum Rodheim, Sportallee 1-5

Stadtentwicklungsplanung

Der Magistrat hat nach Bereitstellung der entsprechenden Mittel im Haushalt 2016 die Auswahl des Fachbüros zur Stadtentwicklungsplanung eingeleitet. Nach entsprechender Vergabe wird ein entwickeltes Konzept zur Durchführung dem Fach-ausschuss gem. Beschlusslage vorgelegt.

Straßenbauprogramm

Im Zuge der Vorbereitungsmaßnahmen zur Umsetzung des Straßenbauprogrammes 2016-2020 wird mit Grundlagenermittlung aus Bestandsvermessungen und Bodengutachten sowie einem Interessenbekundungsverfahren die Auswahl der durchführenden Fachbüros vorbereitet. Eine Vorabstimmung mit den Versorgungsunternehmen ist bereits erfolgt. Nach Auftragserteilung werden die Ortsbeiräte und die Anwohner der Sanierungsstraßen des Jahres 2017 mit den Ausbauvarianten im November/Dezember 2016 befasst. Die Reihenfolge der Sanierung richtet sich nach dem Gesamtzustand von Straße, Kanal- und Wasserleitungen. Für das Jahr 2017 sind folgende Straßen zur grundhaften Sanierung vorgesehen:

Rodheim

An der Mergel
Klappergasse
Wetteraustraße

Ober-Rosbach

Hopfungartenstraße (1/2) alter Teil
Raiffeisenstraße (2/4) Kreuzungsbereich
Schützenrain (2/3)
Baidergasse
Querstraße

Nieder-Rosbach

Taunusblick (1/2)
Gerhart-Hauptmann-Straße

Herr Dr. Rathjens berichtet, dass der Haupt- und Finanzausschuss am 08.09.2016 getagt habe.

In der Sitzung seien die TOPs „Antrag der FWG-Fraktion vom 20.10.2015 – Resolution zum Erhalt des Freibads Rodheim“, „Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) – Festlegung der zu fördernden Maßnahmen“, „Überplanmäßige Ausgaben nach § 100 HGO zur Deckung von zusätzlichen Kosten für die Entsorgung im Bereich der Altablagerung Sang“, „Satzung und Wahlordnung des Seniorenbeirats“ sowie „Berichtswesen nach § 28 GemHVO - Quartalsbericht zum 30.06.2016“ beraten worden.

Herr Soff berichtet, dass der Umwelt- und Planungsausschuss am 06.09.2016 getagt habe.

In der Sitzung seien die TOPs „Neubau von vier Doppelhaushälften und vier Garagen – Ober-Rosbach, Flur 14, Flurstück 258/1“ sowie „Umbau und Aufstockung einer Werkhalle zu Wohnungen – Nieder-Rosbach, Flur 1, Flurstück 1258/2“ beraten worden.

4 . Kleine Anfragen

Es liegt eine „Kleine Anfrage“ der SPD Fraktion vor.

Wie hoch ist der Zuschuss des Landes Hessen für einen gebührenfreien Halbtagsplatz im letzten Kindergartenjahr? Welche Kosten fallen für die Stadt Rosbach v.d.H. an?

Beantwortung:

Betreut werden durchschnittlich 120 Kinder (Jahrgangsstärke) bis 13 Uhr.

Der Stadt entstehen bei einer Betreuungszeit von 6 Stunden täglich pro Kind und Monat Kosten in Höhe von 448,50 Euro monatlich, das Land erstattet 100 Euro anteilig.

Von den Gesamtkosten der Betreuung in Höhe von 645.840 Euro trägt die Stadt 501.840 Euro, das Land Hessen 144.000 Euro.

Eine weitere „Kleine Anfrage“ liegt von der FDP-Fraktion vor:

Wie hoch waren die einzelnen und die gesamten Kosten der Brücke an der Wasserburg?

Beantwortung:

Brücke Nieder-Rosbach	
Maßnahme	Betrag brutto
Bestandsvermessung	565,55
Baugrunduntersuchung	1.279,85
Ingenieurleistungen	5.965,49
Ingenieurleistungen	1.300,44
Prüfstatik	1.368,50
Stahlbeton U-Profil	7.859,95
Ausleihe der Kugelkopfabheber	428,40
Entsorgung Altholz der ehem. Brücke	113,05
Brückengeländer	5.518,03
Brückenteile abgeladen am 01.12.2015	202,30
Brückenbau am 03.12.2015	791,35
Brückenneubau, Fundament, Abriss etc.	11.489,27
Epoxidharzbeschichtung	3.053,21
	39.935,39 €
Restmittel (brutto):	18.064,61 €
Haushaltsbudget:	58.000,00 €

Eine weitere „Kleine Anfrage“ liegt von Herrn Klaus Jacobi (SALZ) vor:

Die Anfrage bezieht sich auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage vom 13.05.2016 bezüglich der Beleuchtung Fußgängerüberweg Sang in der Stadtverordnetenversammlung vom 12.07.2016, TOP 26.

Worauf stützen sich die Ausführungen „... ein beleuchtenden Verkehrszeichen (VZ 350-40) sei nicht vorgeschrieben ...“ und „Gemäß den Vorgaben der StVO sei eine beidseitige Beschilderung (VZ 350-40) ausreichend“.

Beantwortung:

Durch die Entwicklung des Baugebietes Sang kann dieser Missstand beseitigt und für die nötige Sicherheit gesorgt werden.

5 . Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen im Ortsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe I sowie eines Ortsgerichtsschöffen und stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers im Ortsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe II (Rodheim)
--

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Beschlussvorschlag des Magistrates vor:

Beschlussvorschlag:

1. Ortsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe I

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt folgende zwei Personen, um diese dem Amtsgericht für das Amt des/der Ortsgerichtsschöffen/in für den Ortsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe I vorzuschlagen:

1. Herrn Willi Blecher, geb. 21.07.1936
2. Herrn Werner Köbel, geb. 22.02.1937“

Gegen eine offene Wahl bestehen aus Sicht der Stadtverordneten keine Einwände.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: *Einstimmig beschlossen*

Die Stadtverordnetenversammlung wählt die Herren Willi Blecher und Werner Köbel.

2. Ortsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe II (Rodheim)

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt folgende Person, um diese dem Amtsgericht als Ortsgerichtsschöffen/in und stellvertretende/n Ortsgerichtsvorsteher/in für den Ortsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe II (Rodheim) vorzuschlagen:

Hans Albert Moscherosch, geb. 20.11.1941“

Gegen eine offene Wahl bestehen aus Sicht der Stadtverordneten keine Einwände.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: *Einstimmig beschlossen*

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Hans Albert Moscherosch.

6 . Neuwahl der Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Beschlussvorschlag des Magistrates vor:

Beschlussvorschlag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt folgende Person, um diese dem Amtsgericht für das Amt der Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe vorzuschlagen:

Mathias Krause, geb. am 09.06.1954, wohnhaft Ahornring 7 c, 61191 Rosbach v.d.Höhe“

Gegen eine offene Wahl bestehen aus Sicht der Stadtverordneten keine Einwände.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: *Einstimmig beschlossen*

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Mathias Krause.

7 . Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) Festlegung der zu fördernden Maßnahmen

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Beschlussvorschlag des Magistrates vor:

Beschlussvorschlag:

„Für die der Stadt Rosbach v.d.Höhe aus dem Kontingent des Kommunalinvestitionsprogrammes (KIP) des Landes Hessen zur Stärkung der Investitionstätigkeit zugesagten Mittel in Höhe von 361.117,00 EUR ist fristgerecht bis zum 31.10.2016 die Förderung für folgende Maßnahmen zu beantragen:

- 1. Grundhafte (wertsteigernde) Sanierung der Adolf-Reichwein-Halle
gemäß Anlage
zu beantragende Fördersumme 200.000,- EUR*

- 2. Ausbau des örtlichen Radwegenetzes
gemäß Anlage
zu beantragende Fördersumme 161.117,- EUR,,*

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: *Einstimmig beschlossen*

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

8. Überplanmäßige Ausgaben nach § 100 HGO zur Deckung von zusätzlichen Kosten für die Entsorgung im Bereich der Altablagerung Sang

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Beschlussvorschlag des Magistrates vor:

Beschlussvorschlag:

„Die überplanmäßigen Ausgaben bei der HHST. 09.511.20/0103.84181 in Höhe von 230.000 € für weitere Altlastenentsorgungsarbeiten sind unabweisbar; ihre Deckung ist durch Minderungen bei der HHST. 12.541.10/0103.842853 gewährleistet. Die zusätzlichen Haushaltsmittel werden nach § 100 HGO bereitgestellt.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **24 Ja-Stimmen**
(7 SPD, 3 FDP, 4 STIMME, 5 CDU, 5 FWG)
1 Nein-Stimme
(1 SALZ)

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

9. Satzung und Wahlordnung des Seniorenbeirats

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Beschlussvorschlag des Magistrates vor:

Beschlussvorschlag:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Seniorenbeiratssatzung sowie die Wahlordnung zur Seniorenbeiratssatzung in der jeweiligen Entwurfsfassung vom 24.08.2016.“

Der Haupt- und Finanzausschusses hat sich am 08.09.2016 mit dem Tagesordnungspunkt befasst und schlägt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss vor.

Beschlussvorschlag Haupt- und Finanzausschuss:

„Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsentwurf in Kooperation mit dem derzeitigen Seniorenbeirat und den örtlichen VDK-Verbänden mit dem Ziel zu überarbeiten, dass behinderte Menschen in einem gemeinsamen Senioren- und Behindertenbeirat mitvertreten werden.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **23 Ja-Stimmen**
(6 SPD, 3 FDP, 4 STIMME, 5 CDU, 5 FWG)
2 Enthaltungen
(1 SPD, 1 SALZ)

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses zu. Die Magistratsvorlage wird zurückgestellt.

10 . Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 24.05.2016 - Antrag für ein offenes WLAN in Rosbach
--

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die wichtigsten Plätze in Rosbach mit freiem und kostenlosen Internet (WLAN) zu versorgen.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf zu prüfen, ob im Stadtgebiet freie WLAN-Internetzugänge durch die Stadt Rosbach oder in deren Auftrag oder gänzlich durch einen Dritten betrieben werden können. Der Internetzugang soll dabei kostenlos, ohne Registrierung und diskriminierungsfrei ermöglicht werden. Die Angebote der Freifunk-Initiative (www.freifunk.de), z.B. aus Frankfurt, sind in die Prüfung einzubeziehen. Darüber hinaus soll die Prüfung neben den technischen und finanziellen Möglichkeiten auch rechtliche Aspekte beinhalten.“

Herr Dr. Rathjens beantragt die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss. In dem Haupt- und Finanzausschuss ist der Sachstand „öffentliches WLAN Rosbach“ mit Informationen über die Kosten, Administration und Sicherheit darzustellen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung des Antrages an den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Die Stadtverordnetenversammlung überweist den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss.

11 . Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 18.05.2016 - Verkehrssituation Rosbach

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bürgermeister als oberste Polizeibehörde der Stadt Rosbach wird aufgefordert Maßnahmen zu ergreifen,

die

*1.
Zu einer deutlichen Minderung der Durchfahrtsgeschwindigkeiten in folgenden Bereichen führt:*

a: Ausfallbereich Homburger Straße

b: Ausfallbereich Friedberger Straße

c: Nieder-Rosbacher Straße ab Knoten Mitte bis Einmündung in die Rodheimer Straße

c: Rodheimer Straße ab Einmündung Nieder-Rosbacher Straße bis Ortsausgang Nieder-Rosbach

13 . Antrag der FWG-Fraktion vom 20.10.2015 - Resolution zum Erhalt des Freibads Rodheim

Der Stadtverordnetenversammlung liegt ein Antrag der FWG-Fraktion vom 20.10.2015 mit Ergänzung des letzten Satzes durch die FDP-Fraktion vor.

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach fordert den langfristigen Erhalt des Freibads in Rodheim und begrüßt in diesem Zusammenhang die Gründung des Fördervereins „Rettungsschwimmer“ sowie die in dieser Saison erfolgte Neugestaltung der Eintrittspreise (Einführung der Abend- und der Familienkarte). Der Magistrat wird aufgefordert, zukünftige Aktivitäten eng mit dem Förderverein abzustimmen. Die das Schwimmbad betreffenden Entscheidungen sind unverändert durch die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat zu treffen.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Antrag zu.

14 . Antrag der FWG-Fraktion vom 07.02.2016 - Resolution zum Volksbegehren "Gebührenfreie KiTa-Plätze in ganz Hessen"
--

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach unterstützt das Volksbegehren „Gebührenfreie KiTa-Plätze in ganz Hessen“.

Es besteht Einigkeit, dass eine der Vertrauenspersonen des Volksbegehrens zu dem Thema an einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses teilnehmen soll. Der Antrag ist neu im Haupt- und Finanzausschuss zu terminieren. Bis dahin wird der Antrag zurückgestellt.

15 . Antrag der CDU-Fraktion vom 01.07.2016 - Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Vereinsarbeit

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Vereinsarbeit in der Stadt einen „runden Tisch der Vereine“ einzuberufen.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: *Einstimmig beschlossen*

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Antrag zu.

16 . Antrag der STIMME RosbachRodheim-Fraktion vom 02.07.2016 - Energiespar-Contracting
--

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Möglichkeiten der Energieeinsparungen, verbunden mit Investitionen in Energieeffizienz, dauerhaften Kostenersparnissen und Reduzierung der CO2-Emissionen bei städtischen Gebäuden mit Hilfe des „Kompetenzzentrums Contracting für Gebäude“ bei der „dena“ (Deutsche Energie-Agentur GmbH) zu prüfen/prüfen zu lassen und das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.“

Herr Dr. Rathjens beantragt die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss sowie an den Umwelt- und Planungsausschuss (gemeinsame Sitzung).

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung des Antrages an den Haupt- und Finanzausschuss sowie an den Umwelt- und Planungsausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis: *Einstimmig beschlossen*

Die Stadtverordnetenversammlung überweist den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss und an den Umwelt- und Planungsausschuss (gemeinsame Sitzung). Ein Vertreter der „dena“ ist zur Sitzung einzuladen.

17 . Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 02.07.2016 - Änderung der Kindertagesstättensatzung Kostenbeiträge für die Kinderbetreuung U3 und Ü3

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext, Antrag ist dem Originalprotokoll beigelegt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag wird zur Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung des Antrages an den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis: *Einstimmig beschlossen*

Die Stadtverordnetenversammlung überweist den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss.

18 . Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 03.07.2016 - Einführung einer Seniorenbeiratssatzung

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt der Stadtverordnetenversammlung bis zum 12.10.2016 eine Seniorenbeiratssatzung zum Beschluss vorzulegen.

Die gemeinsam mit dem derzeitigen Senioren- und Behindertenbeirat und der Stadtverwaltung bereits vor längerer Zeit ausgearbeitete Satzung kann dazu herangezogen werden.“

Der Haupt- und Finanzausschusses hat sich am 08.09.2016 mit dem Thema befasst und schlägt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss vor.

„Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsentwurf in Kooperation mit dem derzeitigen Seniorenbeirat und den örtlichen VDK-Verbänden mit dem Ziel zu überarbeiten, dass behinderte Menschen in einem gemeinsamen Senioren- und Behindertenbeirat mitvertreten werden.“

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses zu. Der Antrag wird zurückgestellt.

19 . Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 02.07.2016 - Einsatz von Glyphosat durch die Stadt Rosbach

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext:

„Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadt Rosbach gibt die bis 31.03.2017 erteilte Ausnahmegenehmigung des Regierungspräsidiums Gießen, Abt. Pflanzenschutz, zum Einsatz von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat mit sofortiger Wirkung zurück. Die glyphosathaltigen Mittel werden ab sofort nicht mehr durch die Stadt Rosbach eingesetzt.*
- 2. Der Einsatz von anderen chemischen Herbiziden soll möglichst minimiert werden. Vorzugsweise ist dort, wo eine Bekämpfung von Unkraut notwendig ist, auf mechanische oder thermische Bekämpfungsmethoden umzustellen.*
- 3. Die Stadt Rosbach verpflichtet beim Abschluss oder der Verlängerung von Pachtverträgen von städtischen Flächen die Pächter, auf den Einsatz von glyphosathaltigen Mittel zu verzichten.“*

Herr Dr. Rathjens beantragt die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss zur abschließenden Beschlussfassung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung des Antrages an den Haupt- und Finanzausschuss zur abschließenden Beschlussfassung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen

(7 SPD, 4 STIMME, 5 CDU, 5 FWG)

1 Nein-Stimme

(1 SALZ)

3 Enthaltungen

(3 FDP)

Die Stadtverordnetenversammlung überweist den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss zur abschließenden Beschlussfassung.

20 . Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 03.07.2016 -Rechtlichen Absicherung des Seniorenbeirats Rosbach
--

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext:

„*Beschlussvorschlag:*

- 1. Die Stadt Rosbach erstellt eine Satzung über die Bildung und Aufgaben eines Seniorenbeirates der Stadt Rosbach v.d.Höhe sowie eine Wahlordnung zur Wahl des Seniorenbeirates.*
- 2. Der Inhalt der Satzung und der Wahlordnung soll sich an der beiliegenden Mustersatzung bzw. Musterwahlordnung der Landesseniorenvertretung Hessen e.V. orientieren. Der Entwurf einer Satzung und einer Wahlordnung sollen nach Beratung im Haupt- und Finanzausschuss vom Magistrat ausgearbeitet und der Stadtverordnetenversammlung zur Verabschiedung vorgelegt werden.*
- 3. Zur Beratung um Haupt- und Finanzausschuss ist der bisherige Vorstand des Seniorenbeirats einzuladen.“*

Der Haupt- und Finanzausschusses hat sich am 08.09.2016 mit dem Thema befasst und schlägt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss vor.

„*Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsentwurf in Kooperation mit dem derzeitigen Seniorenbeirat und den örtlichen VDK-Verbänden mit dem Ziel zu überarbeiten, dass behinderte Menschen in einem gemeinsamen Senioren- und Behindertenbeirat mitvertreten werden.“*

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses zu. Der Antrag wird zurückgestellt.

21 . Antrag der FDP-Fraktion vom 01.07.2016 - Satzungsentwurf für den Seniorenbeirat und die Interessenvertretung Behinderter
--

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext:

„*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

Bereits vor längerer Zeit wurde der Entwurf einer Satzung für den Seniorenbeirat und der Vertretung der Interessen behinderter Mitbürgerinnen und Mitbürger zwischen Mitgliedern des Seniorenbeirates und der Verwaltung besprochen. Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher den Magistrat der Stadt Rosbach v.d.Höhe auf, den Entwurf der Satzung den Stadtverordneten unmittelbar nach der Sommerpause zu deren Sitzung am 13. September

2016 vorzulegen. Die inhaltlichen Erörterungen erfolgen dann in unmittelbarem Anschluss im Haupt- und Finanzausschuss sowie der Stadtverordnetenversammlung.“

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich am 08.09.2016 mit dem Thema befasst und schlägt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss vor.

„Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsentwurf in Kooperation mit dem derzeitigen Seniorenbeirat und den örtlichen VDK-Verbänden mit dem Ziel zu überarbeiten, dass behinderte Menschen in einem gemeinsamen Senioren- und Behindertenbeirat mitvertreten werden.“

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschuss zu. Der Antrag wird zurückgestellt.

22 . Entschließungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2016 - Aufforderung an die Landesregierung zur Übernahme der kompletten Kinderbetreuungskosten im letzten Kita-Jahr

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landesregierung Hessen wird aufgefordert, auf Basis der Mindestvorgaben des KiföGs die kompletten Kosten für einen Halbtagsplatz im letzten Kindergartenjahr zu übernehmen und so die Kommunen finanziell zu entlasten.“

Herr Hans-Otto Jacobi (FDP) teilt mit, dass das Thema den Haupt- und Finanzausschuss und die Stadtverordneten noch weiter beschäftigen wird. In diesem Zusammenhang sollte dieser Entschließungsantrag behandelt werden.

Er beantragt die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung des Antrages an den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **4 Ja-Stimmen**
(1 SALZ, 3 FDP)
21 Nein-Stimmen
(7 SPD, 4 STIMME, 5 CDU, 5 FWG)

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Überweisung des Antrages an den Haupt- und Finanzausschuss ab.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **21 Ja-Stimmen**
(7 SPD, 4 STIMME, 5 CDU, 5 FWG)
1 Nein-Stimme
(1 SALZ)
3 Enthaltungen
(3 FDP)

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Antrag zu.

23 . Antrag der FDP-Fraktion vom 29.08.2016 - Auftragsvergabe für das Erstellen des Stadtentwicklungsplans durch den Magistrat

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor.

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe bekräftigt ihren am 8. April 2014 einstimmig gefassten Beschluss, in dem der Magistrat beauftragt wird, „der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept für die Entwicklung eines Stadtentwicklungsplan vorzulegen. Der Stadtentwicklungsplan soll insbesondere Antworten auf die demographischen, ökonomischen, verkehrlichen, ökologischen, kulturellen, sozialen und sportlichen Herausforderungen der Stadt Rosbach liefern. ...“

Entsprechend diesem einstimmigen Beschluss beauftragen die Stadtverordneten den Magistrat, eine Auftragsvergabe für das Erstellen eines Stadtentwicklungsplans erst dann vorzunehmen, nachdem das Konzept der vorgesehenen Inhalte und Methoden mit den Stadtverordneten abgestimmt ist.“

Herr Hans-Otto Jacobi (FDP) erläutert den Antrag und weist darauf hin, dass gesprächsbedarf besteht und die Stadtverordneten bei der Erstellung des Konzeptes und Auswahl des Planungsbüros mit eingebunden werden sollen.

Bürgermeister Alber teilt mit, dass es eine Teilbeauftragung an das Planungsbüro geben werde, die die Vorlage eines Konzeptes ermöglicht. Erst wenn die Ausschüsse sich dann damit beschäftigt haben erfolgt eine komplette Beauftragung eines Planungsbüros.

Herr Dr. Rathjens beantragt die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss sowie an den Umwelt- und Planungsausschuss (gemeinsame Sitzung) mit dem Zusatz, dass eine Auftragsvergabe erst dann vorzunehmen ist, nachdem das Konzept über vorgesehen Inhalte und Methoden mit den Stadtverordneten abgestimmt ist.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung des Antrages an den Haupt- und Finanzausschuss sowie an den Umwelt- und Planungsausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **24 Ja-Stimmen**
(7 SPD, 3 FDP, 4 STIMME, 5 CDU, 5 FWG)
1 Nein-Stimme
(1 SALZ)

Die Stadtverordnetenversammlung überweist den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss und an den Umwelt- und Planungsausschuss (gemeinsame Sitzung).

24 . Antrag der FDP-Fraktion vom 30.08.2016 - Kautionsleistung bei dem Vermieten städtischer Wohnungen

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor:

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe fordert den Magistrat auf, dem Beispiel anderer Kommunen folgend bei dem Vermieten einer städtischen Wohnung eine Kautionsleistung oder Bürgschaft in Höhe von drei Monatsmieten zu vereinbaren.

Die Kautionsleistung oder Bürgschaft soll für eventuell während der Mietzeit durch Mieter verursachte Schäden verwendet werden sowie einen pfleglichen Umgang mit dem städtischen Eigentum unterstützen.“

Herr Kraft (SPD) informiert, dass die kommunalen Center für Arbeit und die Jobcenter z.B. Hartz IV Empfänger mit einem zinslosen Darlehen unterstützen um solche Kautionsleistungen zahlen zu können. Somit handelt es für die Mieter nicht wirklich um eine Belastung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **24 Ja-Stimmen**
(7 SPD, 3 FDP, 4 STIMME, 5 CDU, 5 FWG)
1 Nein-Stimme
(1 SALZ)

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Antrag zu.

25 . Antrag der FDP-Fraktion vom 30.08.2016 - Kostenkalkulation bei Nutzung des bisherigen Rodheimer Feuerwehrgerätehauses durch örtliche Vereine
--

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetensammlung ist erreicht. Der Tagesordnungspunkt wird nicht mehr behandelt.

26 . Antrag der FDP-Fraktion vom 30.08.2016 - Ordnungsgemäße Kommunikation des Bürgermeisters mit den Mandatsträgern

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetensammlung ist erreicht. Der Tagesordnungspunkt wird nicht mehr behandelt.

27 . Antrag der FWG-Fraktion vom 03.09.2016 - Solaranlage zur Wassererwärmung für das Rodheimer Freibad
--

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetensammlung ist erreicht. Der Tagesordnungspunkt wird nicht mehr behandelt.

28 . Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 05.09.2016 - Einführung einer Behindertenbeiratssatzung
--

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor:

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1.

Der Magistrat wird beauftragt, dem Haupt- und Finanzausschuss bis 03.11.2016 eine Behindertenbeiratssatzung zur Vorlage vorzulegen.

2.

Die Behindertenbeiratssatzung soll bis 08.11.2016 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Der Haupt- und Finanzausschusses hat sich am 08.09.2016 mit dem Thema befasst und schlägt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss vor.

„Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsentwurf in Kooperation mit dem derzeitigen Seniorenbeirat und den örtlichen VDK-Verbänden mit dem Ziel zu überarbeiten, dass behinderte Menschen in einem gemeinsamen Senioren- und Behindertenbeirat mitvertreten werden.“

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses zu. Der Antrag wird zurückgestellt.

29 . Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 05.09.2016 - Anberaumung einer Stadtverordnetensitzung für den 11. Oktober 2016
--

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor:

Antragstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenvorsteherin bzw. ihr Stellvertreter wird beauftragt, gemäß

§ 9 Abs. 1 und 2 der Geschäftsordnung

im Benehmen mit dem Magistrat eine weitere Stadtverordnetensitzung für den

11. Oktober 2016

anzuberaumen.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen

(1 SALZ 3 FDP)

21 Nein-Stimmen

(7 SPD, 4 STIMME, 5 CDU, 5 FWG)

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

**30 . Anfrage der FWG-Fraktion vom 03.09.2016
- Sachstandsanfrage zur Straßenbeitragssatzung, hier: Straßenbauprogramm**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Anfrage der FWG-Fraktion vor, die wie folgt beantwortet wird.

Sachstandsanfrage zur Straßenbeitragssatzung; hier Straßenbauprogramm

- a) Wie ist aus Sicht des Magistrats der Stand der Dinge bzgl. der Umsetzung der Straßenbeitragssatzung?
- b) Welche Schritte hat der Magistrat bisher hinsichtlich des Straßenbauprogramms unternommen?
- c) Welche Maßnahmen stehen noch an?

Erläuterungen zum Stand der Umsetzung des Straßenbauprogramms im Zuge der Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge für das Stadtgebiet von Rosbach v. d. Höhe

Es wurde ein Bauprogramm für die Abrechnungsperiode 2016 bis 2020 (BP 1) für alle Stadtteile / Abrechnungsbezirke aufgestellt.

In das erste Bauprogramm (BP 1) wurden alle Straßen im Stadtgebiet mit den Zustandsbewertungen der Noten 5 und 4,5 aufgenommen.

Folgende Straße sollen im Zeitraum 2017 – 2019 grundhaft saniert werden:

Ober-Rosbach

Hopfengartenstr. (1/2) (alter Teil)	Friedberger Straße	Fuhrstraße	2017
Raiffeisenstr. (2/4) (Kreuzungsbereich)	Kreuz Robert-Bosch-Str.	Kreuz Robert-Bosch-Str.	2017
Schützenrain (2/3)	Butzbacher Pfad	Hopfengartenstraße	2017
Baidergasse			2017
Querstr.			2017
Am Pfingstborn (2/2)	Wasserwerk	Wendehammer	2018
Adolf-Reichwein-Str.			2018
Butzbacher Pfad (2/2)	Taunusstraße	Straßheimer Weg	2018
Am Salzberg			2018
Am Kirschenberg			2019
Bleichstr.			2019
Limesstr.			2019

Nieder-Rosbach

Taunusblick (1/2)	DB-Strecke	Errichspfad	2017
Gerh.-Hauptmann-Str.			2017
Errichspfad (1/2)	Rodheimer Straße	Taunusblick	2018
Errichspfad (2/2)	Taunusblick	Am Rosbach	2018
Schulstr. (3/4)	Frankenstraße	Haingraben	2019

Rodheim

An der Mergel			2017
Klappergasse			2017
Wetteraustr. (3/3)	Wetteraustraße (2/3)	Nieder-Wöllstädter Straße	2017
Königstr. (1/2)	Hauptstraße	Fußweg Kita's	2018
Königstr. (2/2)	Fußweg Kita's	Junkergasse	2018
Katharinengasse			2018
Mauergasse (2/2)	Rosbacher Straße	Grabengasse	2019
Neue Straße(1/3)	Holzhäuser Straße	Junkergasse	2019

Aktuell läuft ein Interessensbekundungsverfahren „formloser Teilnahmewettbewerb vor Beschränkter Ausschreibung und Freihändigen Vergaben oder sonstigen Verfahren“ zur Auswahl von Ingenieurbüros zur Betreuung der Maßnahmen. Hierbei können sich alle interessierten Ing. Büros bewerben und die erforderlichen Unterlagen, Nachweise und Erklärungen einreichen (Veröffentlichung in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank HAD).

Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen werden soweit geeignet 3, aber höchstens 5 Büros zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert.

Die Vergabe der Ing. Aufträge soll in 5 Maßnahmenpaketen erfolgen, die sich bezogen auf die Netto-Bausumme (Straße / Kanal / Wasser) zwischen 1.045.000,- und 1.620.000,- € belaufen.

Ein Ing. Büro erhält maximal den Zuschlag für 2 Maßnahmenpakete.

Die Vergabe der Ingenieurleistungen für die Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung der Einzelmaßnahmen erfolgt auf Basis der HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure). Es soll eine stufenweise Beauftragung erfolgen (LP 1-3, LP 4-8, LP 9).

Jede Maßnahme (Straßenabschnitt) wird nach der Fertigstellung separat abgerechnet.

Eine Vorabstimmung mit den zuständigen Ver- und Entsorgungsunternehmen ist bereits erfolgt und wird nun auf Basis der konkreten Einzelmaßnahmen im Detail nochmals abgestimmt.

Die Grundlagenermittlung (Bestandsvermessung, Erstellung von Bodengutachten zur Grundbeschaffenheit und Tragfähigkeit, Abstimmung des Ausbaustandards, Beweissicherung an den Gebäuden im Bereich der 2017 geplanten Maßnahmen etc.) erfolgen ab Mitte September.

Zeitliche Umsetzung:

Oktober 2016:	Auftragsvergabe an Ingenieurbüros und Erstellung der Entwurfsplanung
Nov. /Dez.2016:	Vorstellung der für 2017 vorgesehenen Einzelmaßnahmen in den Gremien
	Ortstermine und Versammlungen mit den Grundstückseigentümern und Anwohnern

Die Ausschreibung der ersten Maßnahmen wird dann im Januar und Februar 2017 erfolgen, um mit der baulichen Umsetzung im Frühjahr 2017 zu beginnen.

Rosbach v. d. Höhe, den 01.11.2016

Regina Karehnke
Stadtverordnetenvorsteherin
Vorsitz

Andreas Kraus
Schriftführung